

»Der Einsatz von Kampfdrohnen ist völkerrechtswidrig«

Friedensaktivistin Laura von Wimmersperg wegen friedlichen Protests vor Gericht. Ordnungswidrigkeit wird aufgebauscht. **Gespräch mit H.-Eberhard Schultz**

Am heutigen Freitag findet ein Verfahren gegen die langjährige Sprecherin der Berliner Friedenskoordination Laura von Wimmersperg vor dem Amtsgericht Tiergarten in Berlin statt, weil sie zivilen Ungehorsam im Bundestag ausgeübt haben soll. Was wird ihr vorgeworfen?

Am 25. April 2013 soll sie anlässlich einer Bundestagsdebatte über Kampfeinsätze von Drohnen die Hausordnung verletzt und den Ablauf gestört haben – eine Ordnungswidrigkeit. Mit einigen anderen Aktivistinnen ist sie auf der Tribüne aufgestanden, hat ihre rot angemalten



H.-Eberhard Schultz ist Rechtsanwalt in Berlin

Hände erhoben, die wie mit Blut besudelt wirkten. Sie haben gerufen »Ächten Sie die Kampfdrohnen«. Der Vorfall hat etwa zehn bis 20 Sekunden gedauert. Die Aktion war so abgestimmt, dass sie nach dem Ende einer Rede stattfinden sollte – ohne dass diese hatte unterbrochen werden sollen. Es gab also keine wirkliche Störung. Einzig weil dann Ordnungskräfte einschritten und es Vorwürfe und Diskussionen gab, kam es zu der Aufregung.

Kommt es oft zu solchen Protesten im Bundestag?

Es geht dort eher brav zu. Offenbar reicht die Androhung, dass diese Ordnungswidrigkeit möglicherweise mit ein paar hundert Euro geahndet wird, aus, um politische Aktivistinnen abzuschrecken, ihren Protest in das Parlamentsgebäude hineinzutragen. Protestiert wurde in den vergangenen Jahren davor. Der verstorbene Publizist Roger Willemsen hatte über einen langen Zeitraum Plenarsitzungen im Bundestag beobachtet – und festgestellt, wie langweilig es dort meist zugeht.

Warum handelt es sich bei dem Fall Ihrer Mandantin nur um eine Ordnungswidrigkeit?

Der gesetzliche Tatbestand ist wohl erfüllt, aber ich argumentiere mit dem übergesetzlichen Notstand als Rechtfertigungsgrund: Selbst wenn meine Mandantin die Hausordnung verletzt hat, wollte sie nur darauf hinweisen, wie wichtig die Entscheidung zur Aufrüstung mit Drohnen ist. Auch nach der Ansicht zahlreicher Völker- und Strafrechtler ist der Einsatz von Kampfdrohnen völkerrechtswidrig, also entweder Kriegsverbrechen oder Massenmord. Ordnet ihn eine Person an, die zugleich als Ermittler, Staatsanwalt, Richter und Henker auftritt, ist das ein Rückfall in die mittelalterliche Vogelfreiheit.

Haben insgesamt Verfahren gegen Teilnehmer an linken Protesten in den vergangenen Jahren zugenommen?

Die Gerichte sind damit ständig beschäftigt, hauptsächlich im Zusammenhang mit Versammlungen. Unter dem noch amtierenden Berliner Innensenator Frank Henkel, CDU, wurde alles getan, um Eskalation zu vermeiden. Ständig wurden spezielle Trupps in Demonstrationen hineingeschickt, etwa unter dem Vorwand eines Verstoßes gegen das Vermummungsverbot. Dies ist unnötig, da auch im nachhinein Personalien aufgenommen werden könnten. Alles wird gefilmt. Wer sich dann aber unterhakt oder Ordnungskräften in den Weg stellt, dem wird vorgeworfen, Gewalt angewandt und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet zu haben.

Ist also Versammlungsfreiheit für Linke stärker eingeschränkt?

Wachsende Polizeipräsenz und rechtswidrige Einsätze wirken auf viele einschüchternd. Ich erinnere noch Demonstrationen, bei denen bloß ein Polizeiwagen vorneweg fuhr, um den Weg freizumachen.

Wie gehen die Gerichte mit Verfahren gegen Linke Ihrer Erfahrung nach um?

Die politischen Abteilungen der Staatsanwälte sind oft so besetzt, dass einige selbst in den Reihen der Justiz als »scharfer Hund« betitelt werden. Wir erreichen in solchen Verfahren vermehrt Freisprüche oder Einstellungen. Oft sogar, weil aus dem Filmmaterial der Polizei hervorgeht, dass Behauptungen von Beamten nicht zutreffen können.

Ist das Abfilmen von Demonstrationen legal?

Gerichte haben entschieden, die Polizei dürfe nicht anlasslos filmen. Ein Einsatzleiter hatte kürzlich eingeräumt, Aufnahmen seien ohne Erlaubnis erstellt worden. Das Filmen hat aber auch eine andere Seite – nämlich mitunter für Demonstrationen entlastende Wirkung. Anwälte fordern zudem, Verhöre per Video zu protokollieren, um überprüfen zu können, ob der Mandant mit unzulässigen Methoden unter Druck gesetzt wurde – aber von unabhängiger Seite. **Interview: Gitta Düperthal**

■ www.menschenrechtsanwalt.de
■ Verfahren gegen Laura von Wimmersperg: Freitag, 12.30 Uhr, Amtsgericht Tiergarten, Saal 3007, Kirchstraße 6, Berlin



REUTERS/CARLO ALLEGRI

Blockadekurs. US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump hat bei einem Wahlkampfauftritt am Mittwoch in Miami (Foto) seinen dortigen Fans versprochen, das »einseitige Abkommen Obamas mit Kuba« aufzukündigen. Das berichtete am Donnerstag der Fernsehsender *Telesur*. Er werde den vom scheidenden Staatschef Barack Obama gegenüber Havanna gefahrenen Kurs »radikal ändern« und sich mit den »Oppositionellen« auf der Insel »solidarisieren«. Zudem kündigte er an, die als »Obamacare« bekannt gewordene Gesundheitsversicherung abzuschaffen und Zahlungen an die UNO einzustellen. (jw)

Jeder fünfte ist armutsgefährdet

Soziale Entkoppelung hat sich europaweit seit 2008 verstetigt

Ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland und damit 16,1 Millionen Menschen sind im Jahr 2015 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht gewesen. Seit 2008 blieb dieser Anteil damit nahezu unverändert, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Donnerstag unter Berufung auf EU-weite Daten mitteilte.

Mit 20 Prozent lag der Anteil hierzulande im vergangenen Jahr unter dem Durchschnitt der Europäischen Union von 23,7 Prozent. Jemand gilt als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, wenn mindestens eine der folgenden drei Lebenssituationen zutrifft: Das Einkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze, der Betroffene verfügt also über weniger

als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung. In den anderen Fällen ist der Haushalt von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, oder jemand lebt in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung.

4,4 Prozent mussten ihr Leben aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln einschränken und waren zum Beispiel nicht in der Lage, ihre Rechnungen für Miete oder Hypotheken zu zahlen, ihre Wohnungen angemessen zu beheizen oder eine einwöchige Urlaubsreise zu finanzieren. 9,8 Prozent der Bevölkerung unter 60 Jahren lebten zudem in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) kritisierte, in Deutschland seien nach

wie vor zu viele Menschen »abgehängt und ausgeschlossen«. »Die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen haben in Deutschland immer weniger mit der gesamtwirtschaftlichen Lage zu tun«, erklärte der Sozialverband. Es gebe »eine bedenkliche Entkopplungstendenz«. Die AWO forderte die Politik auf, diese Entwicklung zu stoppen. Die Vizechefin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, erklärte die neuen Zahlen zum »beschämenden und blamablen Befund für die Bundesregierung«. Letztlich sei »die Entwicklung aber nur die logische Konsequenz der Verweigerungshaltung der Koalition bei der Bekämpfung der Armut«, erklärte Zimmermann. (AFP/jw)

NACHRICHTEN

Saad Hariri zum Regierungschef ernannt

Beirut. Saad Hariri ist im Libanon erneut zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der neue Staatschef Michel Aoun beauftragte ihn nach Beratungen mit den im Parlament vertretenen Parteien mit der Bildung einer neuen Regierung, wie Aouns Büro am Donnerstag mitteilte. Hariri erhielt die Unterstützung von 110 der 127 Abgeordneten. Lediglich die Schiitenmiliz Hisbollah, die Syrische Sozialnationalistische Partei sowie die libanesische Baath-Partei verweigerten ihm die Zustimmung. (AFP/jw)

Ankara suspendiert Hunderte Polizisten

Ankara. In der Türkei sind weitere 1.218 Polizisten vom Dienst suspendiert worden. Ein Vertreter des Innenministeriums sagte, dieser Schritt sei eine Folge der Ermittlungen in Zusammenhang mit dem Putschversuch vom Juli. Die Regierung in Ankara hält den in den USA lebenden Geistlichen Fethullah Gülen für den Drahtzieher

des gescheiterten Staatsstreichs. Seither wurden mehr als 110.000 Beamte, Richter, Staatsanwälte, Polizisten oder Soldaten wegen mutmaßlicher Verbindungen zum Gülen-Netzwerk suspendiert oder entlassen, Zehntausende wurden verhaftet. Zudem wurden 170 Zeitungen, Zeitschriften, TV-Sender und Nachrichtenagenturen geschlossen. (Reuters/jw)

EU-Kommissar Oettinger entschuldigt sich

Brüssel. Günther Oettinger hat sich für seine abfälligen Äußerungen über Chinesen entschuldigt. »Ich sehe ein, dass die von mir verwendete Wortwahl schlechte Gefühle ausgelöst hat und Menschen sogar verletzt haben könnte«, erklärte der EU-Kommissar für digitale Wirtschaft am Donnerstag. »Das war nicht meine Absicht, und ich möchte mich für jedwede Bemerkung entschuldigen, die nicht so respektvoll war, wie geboten.« In einer Rede vor Unternehmern in Hamburg hatte er unter anderem Chinesen als »Schlitzzähnen und Schlitzaugen« und belgische Politiker wegen ihres Widerstands ge-

gen das Handelsabkommen CETA als Kommunisten bezeichnet.

In seinem Entschuldigungsschreiben erklärte der CDU-Politiker auch, seine Rede sei als »Weckruf« gedacht gewesen. Der 63jährige soll zum Jahreswechsel den einflussreichen Posten des EU-Haushaltskommissars übernehmen. (AFP/dpa/jw)

Geflüchtete sollen Jungen vergewaltigt haben

Karlsruhe. Wegen des Verdachts der Vergewaltigung eines 17jährigen hat die Polizei in Baden-Württemberg am Donnerstag Räumlichkeiten von insgesamt zehn Asylbewerbern in Flüchtlingsunterkünften durchsucht. Das teilten die Staatsanwaltschaft in Tübingen und die Polizei in Karlsruhe mit. »Die afghanischen Asylbewerber stehen im Verdacht, einen 17jährigen iranischen Asylbewerber mehrfach vergewaltigt und die Taten gefilmt zu haben«, hieß es. Gegen sieben Verdächtige seien Haftbefehle beantragt worden. Sie sollten noch am Donnerstag einem Haftrichter vorgeführt werden. (AFP/jw)